



Parlamentarische Bürgerinitiative

„NEIN zur Belastung von Diesel-Fahrern“

Im Rahmen der von der türkis-grünen Regierung geplanten „ökosozialen Steuerreform“ soll das sogenannte Dieselprivileg, also die steuerliche Begünstigung von Diesel gegenüber Benzin, abgeschafft werden. Die Grünen wollen dieses Vorhaben so schnell wie möglich umsetzen.

Von Seiten der ÖVP wird noch im Hinblick auf die Auswirkungen für die Landwirtschaft gezögert, die heimischen Pendler finden in den aktuellen Überlegungen jedoch offenbar keine Berücksichtigung mehr. Doch neben den Bauern bedeutet gerade für die zahlreichen Arbeitnehmer, die auf ihr Auto angewiesen sind, eine höhere Besteuerung von Diesel eine nicht unbedeutende Belastung. Der ÖAMTC rechnet damit, dass die Füllung eines 50-Liter-Tanks bei einer Abschaffung des Dieselprivilegs in Zukunft um fünf Euro teurer werden würde.

Höhere Steuern auf Diesel hätten aber auch weitreichende Folgewirkungen für die heimische Wirtschaft. Es ist davon auszugehen, dass bei Wegfall der Begünstigung der Verkauf von Dieselfahrzeugen aufgrund der höheren Anschaffungskosten zu-

rückgehen wird. Dies bedeutet einen großen Schaden für den Wirtschaftsstandort Österreich, insbesondere für auf die Produktion von Dieselmotoren spezialisierte Unternehmen und deren Zulieferer.

Darüber hinaus ist bei einer Abschaffung des Dieselprivilegs auch mit Auswirkungen auf Taxifahrten, Transportkosten etc. zu rechnen. Lebensmittel sowie Produkte des täglichen Bedarfs würden teurer werden, zumal anzunehmen ist, dass die höheren Treibstoffpreise an den Handel und damit den Konsumenten weiterverrechnet werden.

Anstatt die österreichischen Leistungsträger unter dem Deckmantel des Klimaschutzes zusätzlich zu belasten, sollten vielmehr positive Anreize für einen Umstieg auf umweltschonendere Fahrzeuge geschaffen werden. Zu denken ist dabei insbesondere an Maßnahmen wie die Einführung einer „Umweltprämie“, bei der die Verschrottung eines zwölf Jahre oder älteren Fahrzeugs bei Kauf eines umweltfreundlicheren neuen oder neuwertigen Fahrzeugs mit einer Prämie in der Höhe von 3.000 Euro belohnt wird.

Der Nationalrat und die Bundesregierung werden daher ersucht, von jeglicher Erhöhung der Besteuerung von Diesel Abstand zu nehmen.

Datenschutzerklärung

Wir tragen eine hohe Verantwortung im Umgang mit Ihren besonders schützenswerten Daten zu politischen Einstellungen und Meinungen. Welche Daten wir erfassen und wie wir damit sicher umgehen, wollen wir Ihnen offen und nachvollziehbar erklären. Damit kommen wir unserer Informationspflicht bei der Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach. Für Fragen und Auskünfte wenden Sie sich bitte an untenstehenden Verantwortlichen.

Name und Anschrift des Verantwortlichen

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) Landespartei Steiermark Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz · Tel.: +43(0)316/7072-0 · Fax.: +43(0)316/7072-8 · E-Mail: lgst@fpoe-stmk.at

Welche personenbezogenen Daten erfassen wir?

Name, Anschrift, Geburtsdatum, Unterschriebene Bürgerinitiative mit Bezug zu einer Region

Wie verwenden wir ihre Daten?

Wir stellen eine unterschriebene Bürgerinitiative mit Name, Anschrift und Geburtsdatum dar und reichen diese abschließend an das Österreichische Parlament weiter.

Wer kann was von Ihren Daten sehen und wie lange?

Als Erstunterzeichner muss der vollständige Name, Anschrift, Geburtsdatum sowie eine gültige E-Mail-Adresse angegeben werden. Als Unterstützer einer Bürgerinitiative durch eine Unterschrift muss der vollständige Name, das Geburtsdatum sowie die vollständige Anschrift angegeben werden. Die Organisatoren müssen sicherstellen, dass die gesammelten personenbezogenen Daten für keinen anderen Zweck als die Unterstützung für diese bestimmte Initiative verwendet werden. Nach der Übergabe der Bürgerinitiative ist der Organisator verpflichtet, alle ihm zur Verfügung gestellten Unterschriftendaten zu vernichten. Der Empfänger darf die personenbezogenen Daten ausschließlich zur Prüfung der Unterstützungsbekundungen verwenden. Nach der Entscheidung über die Bürgerinitiative ist der Empfänger verpflichtet, alle ihm zur Verfügung gestellten Unterschriftendaten zu vernichten.



Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

NEIN zur Belastung von Diesel-Fahrern

Der Nationalrat und die Bundesregierung werden daher ersucht, von jeglicher Erhöhung der Besteuerung von Diesel Abstand zu nehmen.

Erstunterzeichner/in

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde

Unterschrift

Unterstützungserklärungen:

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Unterschrift

Hinweise:

Für eine gesetzeskonforme Einbringung müssen die Unterschriftenlisten im Original vorgelegt werden.

Die Parlamentsdirektion weist darauf hin, dass die Unterschriftenlisten nicht zugleich auch für andere Zwecke verwendet werden sollen.

Die vorgelegten Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

